

Fragen

für die Fragestunde der 210. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. November 2012

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	5, 48	Juratovic, Josip (SPD)	42, 43
Bartol, Sören (SPD)	64, 65	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 45	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	62, 63	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	26, 27	Klingbeil, Lars (SPD)	81, 82
Bockhahn, Steffen (DIE LINKE.)	28, 29	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 13
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	19, 51	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	21, 22
Egloff, Ingo (SPD)	20, 66	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Ehrmann, Siegmund (SPD)	77	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	32, 80	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	24, 25
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	2, 3	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Hagemann, Klaus (SPD)	73	Lischka, Burkhard (SPD)	16, 17
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	8, 9
Herzog, Gustav (SPD)	55, 56	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	60, 61	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Dr. Högl, Eva (SPD)	14, 15	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	34, 35	Paula, Heinz (SPD)	58, 59
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	11, 85		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	44, 52	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	75, 76
Steffen, Sonja (SPD)	18	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 46	Zypries, Brigitte (SPD)	83, 84
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	30, 31		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	21
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	22

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung im Zuge des Deutsch-Chinesischen Menschenrechtsdialogs am 8. und 9. Oktober 2012 gegenüber der chinesischen Seite die Menschenrechtssituation der Tibeterinnen und Tibeter angesprochen, und welche konkreten Fälle hat sie angesprochen?

2. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Welche Weisung hat die Bundesregierung dem Ständigen Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen bezüglich des Abstimmungsverhaltens zum Antrag des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas an die UN-Vollversammlung, Palästina einen erweiterten Beobachterstatus zu verleihen, erteilt?

3. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Welche Abstimmungen hat es zu dieser Frage unter den Botschaftern der Länder der Europäischen Union gegeben, und welche Position hat die Bundesregierung bei diesen Abstimmungen vertreten?

4. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung das Risiko ein, dass in der Türkei stationierte NATO-Truppen in den bewaffneten Konflikt auf syrischem Territorium hineingezogen werden, und wie plant die Bundesregierung, dies zu verhindern?

5. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den ablehnenden Aussagen aus russischen Regierungskreisen (SPIEGEL ONLINE vom 22. November 2012) zur Stationierung von Patriot-Einheiten in der Türkei, und welche Rolle spielen diese Äußerungen bei den Erwägungen der Bundesregierung, diese Systeme in die Türkei zu verlegen?

6. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern leitet die Bundesregierung aus dem vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. November 2010 formulierten Grundsatz, die NATO sei „nicht zuerst ein Militärbündnis, sondern eine transatlantische Wertegemeinschaft“ (Plenarprotokoll 17/71), die Notwendigkeit einer gemeinsamen solidarischen Position des Bündnisses gegenüber Israel ab?

7. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass deutsche Geschäftsbanken in den letzten Wochen zahlreichen iranischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die sich legal zu Studienzwecken in Deutschland aufhalten, mit Verweis auf die Sanktionen ihre Konten gekündigt haben, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diesen Menschen und anderen iranischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit ähnlichen Problemen in Deutschland wieder die Abwicklung von im Alltag unverzichtbaren Bankgeschäften zu ermöglichen?
8. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Unterstützung der Rebellengruppe M23 und anderer Rebellengruppen im Ostkongo durch Staaten wie Ruanda, Uganda und Burundi, und teilt sie die Einschätzungen aus dem UN-Abschlussbericht, dass Ruanda und Uganda die Rebellengruppen unterstützen?
9. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche aktuellen Informationen liegen der Bundesregierung zu neuen Flüchtlingswellen innerhalb Nord- und Südkivus sowie in die Nachbarländer vor, und welche unmittelbaren Konsequenzen ergeben sich aus der Kontrolle Gomas durch die M23 für die deutsche und europäische humanitäre Hilfe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Assoziationsrecht EU-Türkei umgesetzt, bzw. wie wird sie die Entscheidung umsetzen, nach der eine Aufenthaltserlaubnis nach § 4 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes zum Nachweis eines Daueraufenthaltsrechts nach Artikel 7 Satz 1 zweiter Spiegelstrich des Assoziierungsabkommens der EU mit der Türkei eine Gültigkeitsdauer von mindestens fünf Jahren aufweisen und das Bestehen des zugrunde liegenden assoziationsrechtlichen Daueraufenthaltsrechts einschließlich seiner Rechtsgrundlage textlich eindeutig erkennen lassen muss (vgl. BVerwG, Urteil vom 22. Mai 2012, Az. 1 C 6/11)?

11. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen bzw. Projekten befasste sich das im Bundesverwaltungsamt angesiedelte Strategie- und Forschungszentrum Telekommunikation (SFZ TK), in dem sich Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam organisieren, in den Jahren seit seiner Gründung, und inwiefern kooperieren die beschriebenen Teilnehmer bezüglich dort behandelter bzw. strukturell ähnlicher Maßnahmen mit gleichartigen Behörden der Länder (bitte die Antwort auch hinsichtlich der Beachtung des Trennungsgebotes ausführen)?
12. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Förderung des Deutschen Leichtathletik-Verbands (DLV) im Rahmen der Sportförderung aus der Regeländerung des DLV, die eine getrennte Wertung der Leistungen von Sportlerinnen und Sportlern mit und ohne Prothesen vorschreibt und damit nach Meinung von Expertinnen und Experten jeglichen Start von Menschen mit amputierten Gliedmaßen bei allgemeinen Leichtathletikwettkämpfen verhindert, und welche Rolle spielen Barrierefreiheit und Konzepte bzw. Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung im Sport bei der Sportförderung jenseits der Förderung der Verbände, die sich wie der Deutsche Behindertensportverband ausschließlich diesen Themen widmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

13. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung den Zugang zum Internet für ein Menschenrecht, und wie gedenkt sie, mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf Löschung zum Schutz personenbezogener Daten und dem Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet umzugehen?
14. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung die Vorschläge des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert zur Verschärfung der gesetzlichen Regelung bezüglich der Abgeordnetenbestechung, und welche Maßnahmen wird sie wann ergreifen, um zu einer Neuregelung des § 108e des Strafgesetzbuchs zu kommen?

15. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)
- Wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten großer Unternehmen vorlegen, nachdem der Regierungssprecher Steffen Seibert zum entsprechenden Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission erklärt hatte, das müsse auf nationaler Ebene geregelt werden, und wie wird die Bundesregierung andernfalls ihr im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbartes Ziel verfolgen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft maßgeblich zu erhöhen?
16. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
- Begleitet die Bundesregierung den Prozess der Prüfung der Angemessenheit der GEMA-Tarifreform, mit der das Bundesministerium der Justiz die Staatsaufsicht beim Deutschen Patent- und Markenamt beauftragt hat, und wenn ja, in welcher Weise geschieht das?
17. Abgeordneter
Burkhard Lischka
(SPD)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Verhandlungen, und was unternimmt die Bundesregierung, damit es zu einvernehmlichen Regelungen zwischen der GEMA und ihren Gesamtvertragspartnern kommt?
18. Abgeordnete
Sonja Steffen
(SPD)
- Welche Änderungen beabsichtigt die Bundesregierung, in Bezug auf die strafrechtlichen Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch noch in dieser Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag einzubringen?
19. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- In welcher Art und Weise genau sind Betroffenenverbände und Fachverbände im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Zwangsbehandlung (Bundestagsdrucksache 17/11513) beteiligt worden, und welche Kriterien sind für den offensichtlichen Eilbedarf in diesem Verfahren maßgeblich?
20. Abgeordneter
Ingo Eglhoff
(SPD)
- Wird die Bundesministerin der Justiz noch im „Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012“ einen Gesetzentwurf zur Entlastung kleiner Genossenschaften vorlegen, nachdem sie im Februar 2012 erklärt hatte, ihr Haus entwickle hierfür Ideen und nachdem am 13. November 2012 im „Handelsblatt“

zu lesen war, bei dieser Idee handle es sich um die Schaffung einer neuen Rechtsform „Kooperativgesellschaft (haftungsbeschränkt)“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Jahresgehalt des griechischen Zentralbankpräsidenten Georgios A. Provopoulos, und hat sich dieses durch die Krise verändert?
22. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, dass der griechische Zentralbankpräsident und damit auch das Mitglied des Rates der Europäischen Zentralbank bei seinem Amtsantritt von seinem früheren Arbeitgeber, der Piraeus Bank, eine Abfindung in Höhe von 3,4 Mio. Euro erhalten haben soll, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang, sollte er diese Zahlung erhalten haben?
23. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Angaben macht die Bundesregierung nach dem letzten europäischen Gipfel zur Höhe und zum Fälligkeitszeitpunkt der zu erwartenden realen Verluste (Abschreibungen, Zinsverluste, Ablösezahlungen), die nach ihrer Einschätzung auf Deutschland zukommen, wenn die bis Ende dieses Jahres an Griechenland ausgereichten Garantien und Bürgschaften notleidend werden, und wie sollen die auf Deutschland zukommenden Verluste nach den Vorstellungen der Bundesregierung finanziert werden?
24. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.) Übernimmt der Käufer der TLG Wohnen GmbH – die TAG Immobilien AG Hamburg – das gesamte Personal der TLG Wohnen GmbH, und welche Vereinbarungen wurden vom Bund mit dem Käufer getroffen, um die Arbeitsrechtsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollumfänglich abzusichern?

25. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
Wer trägt die anfallenden Kosten für den Transaktionsbeauftragten Barclays Capital Bank im Rahmen des Bieterwettbewerbs/Verkaufsverfahrens um die TLG Wohnen GmbH, und in welcher Höhe werden diese Kosten anfallen?
26. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)
Ist es zutreffend, dass die TAG Immobilien AG Hamburg den Kaufpreis für die TLG Wohnen GmbH erst im kommenden Jahr belegen muss und dies in der erforderlichen Neuausgabe von Aktien zur Beschaffung des Eigenkapitals begründet liegt?
27. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)
Wenn ja, weshalb stützt die Bundesregierung mit dem bereits veröffentlichten Zuschlag den Aktienkurs der TAG Immobilien AG Hamburg, indem bereits vor der Prospektierung die Renditeerwartung auf den Bestand der TLG Wohnen GmbH durch das Unternehmen gesichert eingepreist werden kann?
28. Abgeordneter
Steffen Bockhahn
(DIE LINKE.)
Entspricht die Kaufsumme von 471 Mio. Euro für die TLG Wohnen GmbH (Pressemitteilung Nr. 76 des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. November 2012) dem Buchwert der Immobilien, oder werden Gewinne oder Verluste für den Bund mit dem Verkauf verbunden sein?
29. Abgeordneter
Steffen Bockhahn
(DIE LINKE.)
Zu welchem Zeitpunkt ist der rechtliche Übergang der TLG Wohnen GmbH an die TAG Immobilien AG Hamburg vorgesehen, und wann soll der Erlös aus dem Verkauf in den Bundeshaushalt eingehen?
30. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
Wann wird der Kaufvertrag zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) bzw. der TLG Wohnen GmbH und der TAG Immobilien AG Hamburg über die TLG Wohnen GmbH – wie am Montag, dem 19. November 2012 vom BMF (Pressemitteilung Nr. 76) bekannt gegeben – abgeschlossen?
31. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
Enthält der Kaufvertrag Rückfallklauseln, und wenn ja, welche?

32. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Welche Regelungen soll die vom Bundesministerium der Finanzen am 19. November 2012 angekündigte Sozialcharta für die verkauften Wohnungen der TLG Wohnen GmbH im Einzelnen (u. a. auch Mieterrechte, Sanktionen) haben, und ist zur Kontrolle der Einhaltung dieser Regelungen explizit die verbindliche Einbeziehung von Mieterbeiräten oder von Kommunalvertretungen vom Verkauf betroffener Orte, wie z. B. Strausberg, vorgesehen?
33. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Ergebnissen ist die Arbeitsgruppe SBZ-Enteignungen im Bundesministerium der Finanzen gekommen, die entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP prüfen sollte, ob es im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten, und welche diesbezüglichen Umsetzungspläne verfolgt die Bundesregierung (bitte wenn möglich mit Zeitangabe)?
34. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach der Neuregelung des § 32b Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes durch das Jahressteuergesetz 2013, welche künftig Steuergestaltungen durch die Nutzung des negativen Progressionsvorbehalts bei Auslandsbeteiligungen verhindern soll, in Fällen der Übertragung bzw. Einbringung von Wirtschaftsgütern zu verfahren, und welche Konsequenzen treten ein, wenn der Veräußerungserlös zeitlich gestreckt auf mehrere Veranlagungszeiträume entfällt und dementsprechend auch erst sukzessive zufließt?
35. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Standards zur Unternehmensbesteuerung sieht die Bundesregierung als notwendig an, um Gewinnverschiebungen internationaler Konzerne in Staaten mit niedrigeren Steuersätzen zu verhindern, und welche konkrete Steuerbelastung sieht die Bundesregierung als Definition für niedrige Steuersätze an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

36. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie vielen Frauen ist nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren der Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung in ein Vollzeit- bzw. vollzeitnahes Beschäftigungsverhältnis gelungen (bitte nach Jahren auflisten)?
37. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erachtet die Bundesregierung die Maßnahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ als ausreichend, und plant sie darüber hinaus weitere Maßnahmen?
38. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung für angemessen, dass sich Vorstandsmitglieder der Bundesagentur für Arbeit offensiv in tagesaktuelle politische Diskussionen einbringen (s. Süddeutsche Zeitung vom 22. November 2012) und somit indirekt Parteitagbeschlüsse wertend kommentieren, und auf welcher Faktengrundlage beruhte die Bewertung der BA?
39. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Bundesagentur für Arbeit beauftragt, wie in der 47. Kalenderwoche geschehen (s. Süddeutsche Zeitung vom 22. November 2012), Modellrechnungen für bestimmte alternative Konstellationen vorzunehmen, um deren finanzielle Auswirkungen abzuschätzen, und kann nach Ansicht der Bundesregierung auch der Bundesgesetzgeber solche Berechnungen in Auftrag geben?
40. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind nach Ansicht der Bundesregierung die Äußerungen des Vorstandsmitglieds der Bundesagentur für Arbeit (BA), Heinrich Alt, zu den Folgen einer Regelsatzerhöhung auf 432 Euro bzw. 482 Euro (s. Süddeutsche Zeitung vom 22. November 2012) vor dem Hintergrund des Gebotes der Neutralität und Unabhängigkeit, das die BA immer wieder betont, zu bewerten?

41. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist es richtig, wie die „Mitteldeutsche Zeitung“ am 22. November 2012 berichtet, dass die Bundesregierung „den Entwurf des vierten Armut- und Reichtumsberichts der Bundesregierung auf Betreiben der FDP deutlich geglättet“ habe, und welche Änderungen wurden konkret vorgenommen?
42. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD) Wie hoch wären die Unfallzahlen von bei in der Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) pflichtversicherten bezahlten Sportlern im Jahr 2011 gewesen, wenn Sportler, die nur ein monatliches Entgelt von bis zu a) 200 Euro bzw. b) 400 Euro erzielt haben, nicht zu dem in der Unfallversicherung zu versichernden Personenkreis gezählt worden wären?
43. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD) Wie werden sich mutmaßlich in den nächsten Jahren die Gefahrenklassen in den Gehrentarifestellen 16.1 und 16.2 der VBG entwickeln, wenn zukünftig Sportler, die nur ein monatliches Entgelt von bis zu a) 200 Euro bzw. b) 400 Euro erzielen, nicht zu dem in der Unfallversicherung zu versichernden Personenkreis gezählt werden?
44. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.) Welche Rolle spielten Aktivitäten und Fragen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei den Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen sowie beim Petersburger Dialog im November 2012 in Moskau, und in welcher Weise waren Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen an diesen Ereignissen beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

45. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hat die Bundesregierung bereits bzw. bis wann wird sie entsprechend der Bitte der Agrarministerkonferenz am 28. September 2012 in Schöntal zum Tagesordnungspunkt 39 „EEG und Biogas“ eine Studie in Auftrag geben, in der die Auswirkungen der Biogaserzeugung (auch der Bestandsanlagen) und des dafür erforderlichen Energiepflanzenanbaus auf die Boden- und Pachtmärkte, die innersektoralen Wechselwirkungen sowie auf die Ernährungs- und Futter-

mittelindustrie mit transparenten Indikatoren untersucht werden, und wann ist mit der Vorlage der Ergebnisse zu rechnen bzw. ist sie geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

46. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung, dass rechtsextreme Äußerungen und Aktivitäten von Uwe Mundlos (NSU) bereits im Jahr 1994 während seines Wehrdienstes von Bundeswehrdienststellen festgestellt, an Behörden des Verfassungsschutzes übermittelt und vom Militärischen Abschirmdienst oder vom Verfassungsschutz bei Uwe Mundlos nachgefragt wurden (Pressemeldungen dieser Woche, u. a. Berliner Zeitung vom 20. November 2012), und wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass sie meine Schriftliche Frage 43 auf Bundestagsdrucksache 17/10583 nach rechtsextremen Äußerungen und Aktivitäten von Uwe Mundlos während oder vor seinem Wehrdienst ab 1994 am 31. August 2012 somit unvollständig und falsch beantwortet hat?
47. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches funktionale Defizit der Streitkräfte wurde in der Analysephase des CPM-Prozesses (CPM: Customer Product Management) festgestellt, der zu der Schlussfolgerung des Bundesministeriums der Verteidigung führte, dass die Streitkräfte künftig auf bewaffnete unbemannte Luftfahrzeuge angewiesen sein werden, und wie ist der Zwischenstand des CPM-Prozesses zurzeit?
48. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
- Welches genaue System der Raketenabwehr Patriot aus Beständen der Bundeswehr von welchen Standorten plant die Bundesregierung in der Türkei zu stationieren, bzw. welches kommt hierfür in Frage?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

49. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie wird sich die Bundesregierung im Rat zum Vorschlag der Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft der Europäischen Kommission, Viviane Reding, für eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte positionieren?
50. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Strebt die Bundesregierung die Einhaltung der im Vorschlag enthaltenen Frist bis 2018 für die Frauenquote für öffentlich geführte börsennotierte Unternehmen an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

51. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.) Werden nach der derzeitigen Honorierung und nach der geplanten neuen Honorierung der Psychiatrien für Patientinnen, die zwangseingewiesen oder zwangsbehandelt werden, höhere Honorare eingeräumt als für solche, die nicht zwangseingewiesen oder zwangsbehandelt werden, und kann die vorge-sehene Degression bei den Tagespauschalen im PEPP-Entgeltkatalog dazu führen, dass vermehrt auf Medikation und auf Zwangsmedikation zurückgegriffen wird, um die Behandlungszeiten zu verkürzen?
52. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.) Wie bewertet und berücksichtigt die Bundesregierung die Hinweise und Forderungen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, zum Entwurf der Bundesregierung zur Rechtsverordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID-Verordnung), und in welcher Weise waren Menschen mit Behinderung und deren Organisationen an der Erarbeitung des Entwurfs beteiligt (siehe auch www.kobinet-nachrichten.org vom 14. November 2012)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

53. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann werden die unterbrochenen Maut-Schiedsverfahren zwischen dem Bund und dem Betreiberkonsortium Toll Collect GmbH fortgeführt, und mit welchen Gesamtkosten rechnet die Bundesregierung in den beiden Verfahren?
54. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Auswirkungen hat die Verzögerung auf die Ausgaben des Bundes, insbesondere für Anwälte, Schiedsrichtervergütungen und Gerichtsauslagen, und welche Konsequenzen hat dies für die laufenden Zahlungen der Bundesregierung an die Toll Collect GmbH?
55. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Nach welchen technischen Regelwerken und welchen weiteren Kriterien wird der Ausbaustandard für Bundesstraßenneubau bzw. -erweiterung festgelegt (zwei-, drei-, vierspurig, mit und ohne Seitenstreifen etc.)?
56. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD) Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob an der in der Berichterstattung der Zeitung „DIE RHEINPFALZ“ vom 13. November 2012 („Roswitha-Tunnel‘ bringt Udo Wagner kein Glück“) gemutmaßten Einflussnahme der CDU auf Personalentscheidungen des DB-Konzerns auch Mitglieder der Bundesregierung beteiligt waren, und wie bekennt sich die Bundesregierung zur Unabhängigkeit des DB-Konzerns?
57. Abgeordneter
Josef Philip Winkler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit war die bevorstehende vorzeitige Abberufung des Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland, Udo Wagner, Gegenstand von Konsultationen zwischen dem verantwortlichen DB-Management in Berlin, der Bundesregierung und eventuell den Landesregierungen Rheinland-Pfalz und Saarland, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung insgesamt über den Sachverhalt vor?

58. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Nachteile für die süddeutschen Anrainerstädte der „Magistrale für Europa“, die sich aus der Neukonstruktion des „Straßburg-Donau-Korridors“ durch die EU-Kommission anstelle der bisherigen Magistrale Paris–Wien ergeben (vgl. Augsburger Allgemeine vom 29. September 2012 „Wirtschaft sorgt sich um Bahn-Magistrale“), und wie begegnet die Bundesregierung den Befürchtungen, dass die Magistrale von Straßburg nach Linz im internationalen Fernverkehr dann auf eine Funktion als Zulauf für die Bahnstrecke Paris–Frankfurt–Nürnberg–Passau–Wien beschränkt werden könnte?
59. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Wie ist das Dementi des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, in seinem Schreiben an den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Schwaben vom 25. Oktober 2012 zu verstehen, dass es künftig keinesfalls „zwei alternative Wege von Strasbourg über Frankfurt oder Stuttgart bis zur Zusammenführung bei Linz geben soll“, wo doch die Skeptiker der neuen Korridorplanungen keineswegs einen solchen absurden Umweg über Frankfurt befürchten, sondern vielmehr eine Verlagerung im internationalen Personenverkehr von der Magistrale auf die künftige Nordachse, und kann die Bundesregierung diese Bedenken entkräften?
60. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- Welche abschließenden Vereinbarungen haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft mit der Gemeinsamen Kommission für historische Wasserfahrzeuge e. V. (GSHW) bezüglich des Erhalts der deutschen Traditionsschiffe getroffen, und für welche bisher als Traditionsschiffe anerkannten Schiffe kann danach künftig keine Zulassung mehr als Traditionsschiff erfolgen?
61. Abgeordnete
**Gabriele
Hiller-Ohm**
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Novellierung der Sicherheitsrichtlinie für Traditionsschiffe (bitte mit Begründung), und welche die Traditionsschiffahrt betreffenden Regelungen sind auf EU-Ebene in Planung bzw. Umsetzung?

62. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den laut der Bundestagsdrucksache 17/11460 vom 13. November 2012 zitierten Feststellungen des verfassungsrechtlichen Gutachtens, dass „alternative Betriebsformen bei der Verwaltung von Wasserstraßen und Schifffahrt nur in sehr eingeschränktem Umfang und nur bei Vorliegen bestimmter objektiver Kriterien zulässig wäre“ z. B., „wenn eine Bundeswasserstraße ihre verkehrliche Funktion verloren hätte oder verlieren würde und damit die hoheitliche Verwaltung des Bundes entfiel bzw. entfallen würde“?
63. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Bei welchen sonstigen Binnenwasserstraßen des Bundes (nach Bundestagsdrucksache 17/8829, Auszug aus der VV-WSV 1401 – Bundeswasserstraßenrecht – in der Antwort des BMVBS auf meine Schriftliche Frage 73 auf Bundestagsdrucksache 17/8829 sowie im 5. Bericht des BMVBS an den Deutschen Bundestag zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Nummer 10.2 Alternative Betriebsformen, S. 43) ist mit welcher Begründung weiterhin die Aufgabe der Verkehrsfunktion (Entwidmung) durch dauerhafte Stilllegung oder die Verwaltung durch alternative Betriebsformen bzw. die Übertragung auf Dritte geplant (bitte einzeln ausführen)?
64. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Welches finanzielle Budget sieht der Bundeshaushalt 2012 für den Bereich Auslandsreisen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vor, und wie viele Mittel sind nach aktuellem Stand bis zum 23. November 2012 bereits für Auslandsreisen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Jahr 2012 ausgegeben worden?
65. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD)
- Vertreter welcher Wirtschaftsunternehmen haben die politische Spitze des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Jahr 2012 bei Auslandsreisen begleitet, und gibt es eine interne Anweisung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dass im Jahr 2013 die Zahl der Auslandsreisen der politischen Spitze des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Vergleich zu den Jahren 2010 bis 2012 reduziert werden soll?

66. Abgeordneter
Ingo Eglhoff
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um gegen die horrenden Mietpreise in Großstädten/Balldungsräumen wie Hamburg, München und Frankfurt/Main vorzugehen, nachdem sogar das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingestanden hat, dass sich bezahlbare Wohnungen, die sich auch Normalverdiener leisten können, in vielen deutschen Großstädten nur noch sehr schwer finden lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

67. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Sachstände – insbesondere Genehmigungsentwürfe und gutachterliche Stellungnahmen – hat es seit den Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 67 auf Bundestagsdrucksache 17/6387 und 71 auf Bundestagsdrucksache 17/5675 bei den beantragten Leistungserhöhungen für die Atomkraftwerke Emsland, Grohnde, Gundremmingen und Grafenrheinfeld bis dato gegeben (bitte mit Datumsangabe), und bei welchen dieser Antragsverfahren bereitet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereits eine Stellungnahme vor (bitte auch mit Datumsangabe)?
68. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der aktuelle Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für die Ausarbeitung der sogenannten Interpretationen zum neuen kerntechnischen Regelwerk, Revision E, aus (bitte mit Angabe wesentlicher Zwischentappen, Meilensteine etc.), und wie ist dieser Ausarbeitungsprozess mit (allen) seinen Beteiligten organisiert?
69. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit wie vielen Mitteln werden und wurden die Photovoltaiktechnologien kristallines Silizium, amorphes/mikrokristallines Silizium, CIGS und CdTe gefördert (bitte um Aufschlüsselung nach Technologien)?

70. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche wirtschaftliche Relevanz haben die in Frage 69 genannten Technologien für Deutschland, gemessen an der installierten Gesamtleistung und den erreichbaren Fertigungskosten pro Watt Peak (bitte um Aufschlüsselung nach Technologien)?
71. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der kürzlich in einem großen deutschen Nachrichtenmagazin (vgl. DER SPIEGEL vom 18. November 2012) von ihrem ehemaligen Chefberater in Klimafragen, Hans-Joachim Schellnhuber, geäußerten Kritik, „für die Regierungschefin habe der Klimaschutz leider keine allerobere Priorität“, und welche Schlüsse zieht sie daraus – insbesondere vor dem Hintergrund einer acatech-Studie einerseits, die die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland als beherrschbar darstellt, und einer alarmierenden Klimafolgenstudie der Weltbank andererseits, die vor den Gefahren eines ungebremsten Klimawandels warnt?
72. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung – angesichts der avisierten Dauer des Besuchs des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Doha – sicherzustellen, dass die klimapolitischen Interessen Deutschlands im Rahmen der Weltklimakonferenz in Doha in die EU-Position einfließen und diese zudem auf der Weltklimakonferenz gewichtig vertreten werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

73. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Welche Verbesserungen plant die Bundesregierung im Zuge der beabsichtigten Aufhebung der Gehaltsobergrenzen für Spitzenwissenschaftler bei der Bezahlung des wissenschaftlichen Nachwuchses insbesondere im Bereich der Bewirtschaftungsgrundsätze – unter Angabe der Einschätzung der beruflichen Perspektiven in Wirtschaft und Wissenschaft der aktuell 200 400 Promovierenden –, und welche Konzeption bzw. Systematik verfolgt die Bundesregierung bei der Bezahlung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Hinblick auf unterschiedliche Fördervoraussetzungen für die Gewährung des Familienzuschlages in Höhe von 155 Euro pro Monat bei der Graduiertenförderung, den geringen Abstand der Fördersätze zwischen Promovierenden und

Grundstipendiaten nach der Anhebung des Büchergeldes auf 300 Euro, den geringen Abstand der Fördersätze zwischen Postdoktoranden und Doktoranden sowie die Begünstigung ausländischer Promovenden gegenüber inländischen bei den Fördersätzen der Postdoktorandenstipendien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

74. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, welche Organisation ab wann den Betrieb der medizinischen Einrichtungen im Flüchtlingslager in Daadab übernehmen wird, die bis zum 31. Dezember 2012 noch durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH betrieben werden, und welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Verbleib der momentan rund 230 Beschäftigten in den medizinischen Einrichtungen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

75. Abgeordnete
**Halina
Wawzyniak**
(DIE LINKE.)
- Welche Flüchtlingsunterkünfte hat sich die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Maria Böhmer, wie im Gespräch mit den hungerstreikenden Flüchtlingen am Brandenburger Tor am 2. November 2012 angekündigt, angeschaut?
76. Abgeordnete
**Halina
Wawzyniak**
(DIE LINKE.)
- Welche Reaktionen hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Maria Böhmer, auf ihre im Gespräch mit den hungerstreikenden Flüchtlingen am Brandenburger Tor am 2. November 2012 angekündigten Briefe an die Landesjustiz- und Landesinnenminister bzw. die Landkreisämter zur Beurlaubung der Flüchtlinge von der Residenzpflicht erhalten?

77. Abgeordneter
Siegmund Ehrmann
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Äußerungen des russischen Kulturministers Wladimir Medinski, die Diskussionen um deutsche kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter, sog. Beutekunst, beenden zu wollen, und welche Konsequenzen wird dies für die Bemühungen der Bundesregierung haben, in Verhandlungen mit Russland Lösungen in dieser Frage zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

78. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die von der Umweltministerkonferenz an sie gerichteten Forderungen zum Thema Fracking vollständig umsetzen, und wenn nein, warum nicht?
79. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den nach § 3 des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) seit dem 1. Oktober 2012 fälligen Fortschrittsbericht zum Ausbau der Höchstspannungsnetze vorlegen, welcher auch Informationen über Erfahrungen mit dem Einsatz von Erdkabeln nach § 2 EnLAG enthalten soll, und was sind die Gründe für die bisherige Verspätung?
80. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die – vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmeier, (vgl. dpa-Meldung vom 22. November 2012) selbst als ungerechtfertigt kritisierten – Erhöhungen der Strompreise ab Anfang nächsten Jahres, bei denen nach Berechnungen von Verbraucherverbänden den Stromkunden 2,1 Mrd. Euro zuviel in Rechnung gestellt werden, zu überprüfen und im Ergebnis die Stromunternehmen ggf. aufzufordern, diese teilweise oder ganz zurückzunehmen?
81. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Wie möchte die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen auf europäischer Ebene zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, wer eigentlich die EU-Position auf der World Conference on International Telecommunications (WCIT) in Dubai vertre-

ten soll – sicherstellen, dass es eine abgestimmte Position der EU-Mitgliedstaaten zur WCIT geben wird, und wer wird diese gemeinsame EU-Position in Dubai vertreten?

82. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung zur Einschätzung, die seitens des Sekretariats der ITU (International Telecommunication Union) und von einigen Mitgliedstaaten vertreten wird, dass die Internetregulierung, die bislang durch Institutionen wie ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), IANA (Internet Assigned Numbers Authority) oder IETF (Internet Engineering Task Force) verantwortet werden, nicht mehr ausreichend sei, und welche Position vertritt die Bundesregierung zu der daraus vom Sekretariat der ITU und einigen Mitgliedstaaten gezogenen Schlussfolgerung, dass die ITU nun neben dem Internet Governance Forum (IGF) die WCIT mit der Internetregulierung betrauen und damit offensichtlich auch Abstand vom bislang gewählten Multi-Stakeholder-Dialog nehmen möchte?
83. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung ein umfassendes und ressortübergreifendes Internet-Governance-Konzept vorlegen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der in dem Fachgespräch der Projektgruppe Internationales und Internet Governance der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft am 19. November 2012 offensichtlich gewordenen Defizite in diesem Bereich – ergreifen, um die dringend gebotene Koordination zwischen den beteiligten Ressorts zu verbessern?
84. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Welche Position wird die Bundesregierung auf der World Conference on International Telecommunications vom 3. bis 14. Dezember 2012 in Dubai – vor dem Hintergrund der im Vorfeld von einigen Seiten geforderten stärkeren Kontrolle und Regulierung des Internets im Rahmen der International Telecommunication Union – vertreten, und wird sie an der Auffassung festhalten, dass die Administration des Internets weiterhin von der Regulierung im Rahmen der International Telecommunication Regulations ausgenommen bleibt?

85. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Personal wird die Bundesregierung auf der World Conference on International Telecommunications in Dubai vertreten sein, auf der Anfang Dezember 2012 Vertreter/-innen von 193 Ländern unter anderem über die Zuständigkeit der International Telecommunication Union für das Internet verhandelt wird (bitte wie die US-Regierung unter www.state.gov/e/eb/cip/rls/199736.htm die Namen und Organisationszugehörigkeit der WCIT-Delegation angeben), und welche Haltung bezüglich der Freiheit des Internets (auch von Überwachung durch Polizeien und Geheimdienste) wird die Bundesregierung dort einnehmen bzw. hat sie in vorab versandten Stellungnahmen bereits deutlich gemacht?
86. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung die mehrfach geäußerten Vorbehalte gegenüber der Aufnahme von betrieblichen Regelungen im Zuge der Überarbeitung der intergouvernementalen International Telecommunication Regulations im Rahmen der im Dezember 2012 stattfindenden Weltkonferenz für Internationale Telekommunikation der International Telecommunication Union gegenüber den Verhandlungspartnern im Vorfeld der Konferenz konkret deutlich gemacht, bzw. wie wird sie dieses Anliegen deutlich machen, und ist aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt, dass die Interessen der Zivilgesellschaft im Zuge der Beratungen angemessen berücksichtigt werden?
87. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Abteilungen/Referaten welcher Bundesministerien stammen die Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Delegation für die Verhandlungen im Rahmen der Weltkonferenz für Internationale Telekommunikation der International Telecommunication Union, und sind Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft Teil der deutschen Delegation?